

treten und könnten den interessierten Parlamenten zur Besprechung vorgelegt werden.

Inzwischen hat sich über die Frage der Ratifizierung des türkischen Friedensvertrages eine Zeitungs polemik zwischen der englischen und französischen Presse entsponnen. Der „Temps“ vom 16. Februar lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Erklärung des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ vom 15. Februar, daß Italien den Vertrag von Sevres durch ein königliches Dekret ratifiziert habe. Der Temps fragt, ob diese Erklärung richtig sei und fügt hinzu: Wir zögern trotz alledem, dieser Erklärung Glauben zu schenken, da wir sehen, daß gerade jetzt ein türkischer Kongreß in Rom abgehalten wurde und daß die Türken von Ungarn in einem italienischen Schiff nach Europa kommen. Der Temps zweifelt auch daran, daß Großbritannien bereit sein sollte, den Vertrag von Sevres in seiner gegenwärtigen Form zu ratifizieren und erklärt, vom französischen Standpunkt aus gegenwärtig solche hypothetische Annahmen, wie sie im Daily Telegraph von einem diplomatischen Korrespondenten angeregt worden seien, nicht diskutieren zu wollen. Diese hypothetischen Annahmen aus englischer Quelle sprechen von einer Ratifizierung des Vertrages von Sevres durch England, Italien und Japan, die zu einer Ratifizierung des französischen Parlamentes führen würden. Aber die französische Zeitung macht die französische Regierung darauf aufmerksam, daß diese sich eventuell entscheiden werden müsse, ob sie größere oder kleinere Modifikationen des Vertrages wählen und sich an der Ratifizierung des Vertrages beteiligen solle oder ob Frankreich an der Ratifizierung des Vertrages sich wirklich nicht beteiligen solle.

Es ist kaum anzunehmen, daß die französische Regierung angeht einer solchen Situation wirklich intransigente Verhandlungen über Modifikationen des türkischen Vertrages führen und auf der vollständigen Revision des Vertrages bestehen sollte, da sonst tatsächlich die Situation entstehen könnte, daß der Friedensvertrag ohne die Beteiligung Frankreichs in Kraft treten und daß dann unter anderem Frankreich nicht zur gleichen Zeit wie England in die Lage käme, das Mandat über Syrien völkerrechtlich in Kraft treten zu lassen.

Die hypothetischen Kombinationen des diplomatischen Gewährsmannes des Daily Telegraph haben daher wohl den Zweck gehabt, zu erreichen, der französischen Regierung nahe zu legen, ihrerseits dafür zu sorgen, daß das Inkrafttreten des türkischen Vertrages nicht weiter hinausgeschoben werde.

Am dritten Tage tauchte die Frage der Veröffentlichung des Mandats über Mesopotamien und damit unausgesprochenerweise wohl auch das Mandat für Palästina. Sir H. Johnson-Hicks, der tags zuvor in derselben Angelegenheit interpelliert hatte, erklärte, daß er einen Brief des Ministerpräsidenten erhalten habe, mit der Bitte, Anfragen über Mesopotamien bis zum nächsten Mittwoch zu verschieben. Mit Rücksicht darauf, wüßte er wiederum die Forderung zu stellen, daß das Mandat für Mesopotamien vor diesem Datum dem Rat des Völkerbundes übermittelt werde.

Bonar Law erwiderte ihm für die Regierung, er könne diese Zusicherung nicht geben. Er wolle nicht die ganze Frage jetzt diskutieren, da er versprochen habe, daß sie in Beratung gezogen werde. Die Angelegenheit werde mit den Vertretern der alliierten Mächte, die am Montag nach London kommen, diskutiert werden und das Haus werde daher ersucht, sich zu gebulden, bis die Regierung mit diesen Vertretern beraten habe.

Aus diesen Erklärungen damit rechnet, vielleicht schon am nächsten Mittwoch in der Lage zu sein, dem Parlament weitere Auskünfte zu erteilen.

Inzwischen verbreitet Reuter ein in Rom am Donnerstag ausgegebenes halboffizielles Dementi folgenden Inhalts:

„Einige ausländische Zeitungen verbreiten beharrlich die falsche Nachricht, daß Italien den Friedensvertrag von Sevres durch königliches Dekret ratifiziert habe. Dieses Gerücht wird von autoritativer Seite kategorisch dementiert und es wird erklärt, daß Italien den fraglichen Vertrag nicht ratifiziert hat.

Das Dementi bezieht sich seinem ganzen Wortlaut nach auf die Vergangenheit. Es schließt nicht die Möglichkeit aus, daß die Ratifizierung etwa sofort nach der Londoner Konferenz erfolgt.

Es ergibt sich die Möglichkeit, daß im Laufe der nächsten Tage, da der oberste Rat der Alliierten und die Konferenz mit den Türken und Griechen in London und dem Rat des Völkerbundes in Paris tagen, die definitive Erledigung des Palästina Mandates erfolgt. Die

nächsten Tage können so für Palästina und den Zionismus historische Bedeutung bekommen. Es jährt sich zum zweitemale der Tag, da Weizmann, Sokolow und Ussischkin vor die Pariser Konferenz traten, es wäre möglich, daß die definitive Erledigung des Palästina Mandates genau zwei Jahre später erfolgt.

Vom Rabbinerstand.

Selbstmord eines Rabbiners. Gestern hat, wie uns gemeldet wird, der Rabbiner der Kultusgemeinde in Malacka in seinem Leben ein Ende bereitet. Der Grund des Selbstmordes liegt in Ertränkungs-tod. Der Verstorbene war Vater von acht Kindern und befand sich in Zwangsverhaftung mit seiner Gemeinde. (Morgenzeitung, März-Drau, vom 25. Februar 1921.)

In dieser kurzen Meldung liegt eine furchtbare Tragödie. Selbst wenn es nicht wahr wäre, was hier die „Morgenzeitung“ meldet, so kann sich der Fall morgen oder übermorgen ereignen. Vor Jahren bereits führte sich der Rabbiner einer kleinen jüdischen Gemeinde in einem Brunnen, weil er sein Auskommen nicht finden konnte, und weil er mit den Gemeindegewaltigen nicht harmonierte, böse Zungen behaupteten zwar, er hätte es aus langer Weile getan, da er nicht viel zu tun hatte. Im Vorjahre verstarb einer der ältesten Rabbiner Mährens und die Witwe war auf öffentliche Wohltätigkeit angewiesen, da die Kultusgemeinde eine Pension zahlte, die selbst für ein Existenzminimum lächerlich war. Der Rabbiner aus Dobris Dr. Eisenberg trat im Sommer für eine Sozialisierung des Rabbinerstandes ein, ein Vorschlag, der überhaupt nicht beachtet wurde und der Landesverband der Kultusgemeinden Mährens hat in seiner Präsidialsitzung vom August 1919 beschlossen, der Kultusfrage und Gehaltsregulierung der Kultusfunktionäre näher zu treten. Es wurde damals auch der löbliche Beschluß gefaßt, die kleinen Gemeinden, die einen Rabbiner zu erhalten nicht imstande wären, zusammenzufassen, und einen gutbezahlten Rabbiner für diese Gemeinden zu bestellen. Mährens hatte für solche Zwecke einen Fonds, den aus Judensteuern zu Kaiser Joseph II. entnommen man riskierte Landesmasse, der aber heute nicht imstande ist, die Gemeinden entsprechend zu unterstützen, weil Kuratoren des Landesfonds aus Knopflochschmerzen beinahe das ganze Vermögen in Kriegsanleihen angelegt haben, wiewohl sich viele dieser Großgläubiger sehr gehütet hätten, mit ihrem privaten Vermögen, so zu wirtschaften, wie mit öffentlichen Geldern. Und da die kleinen Gemeinden dies den Großgemeinden abgedrückt hatten, so zeichneten sie über ihre Kräfte und bekehrten Stützungsgelehrer, so daß sie noch heute schwer daran zu fragen haben.

Dem das Sprichwort, qu'il licet Jovi, non licet bovi gilt ja für Römer, aber nicht für Juden. Soviel ist sicher, das Millionenvermögen, teils der Stiftungen, teils von Kultusgemeinden und auch von Vereinen in Kriegsanleihen angelegt sind, und daß diese Gemeinden nun über wenig, oder gar kein Geld verfügen, und so kommt es, daß niemand, mit wenigen Ausnahmen z. B. M. Strauß, Berlin, Kremser usw. so leicht besoldet ist, wie unsere Kultusfunktionäre.

Der Rabbiner ist der geistige Repräsentant unseres geistigen Judentums. Es ist Schande für eine Gemeinde, einen Rabbiner daben und hungern zu lassen und eine Schmach für das jüdische Judentum ist es, wenn einer ihrer Rabbiner sich lieber erhängt, denn er erhungert. Wie ist denn so etwas möglich? In der Tschechoslowakei alles. Wenn es möglich war, daß in Karlsbad zur Zeit der Tagung der Weltkongress Konferenz Verzeihungsschreiben von 500.000 Kriegs- und Pogromwaisen, in dem Trübel und den Dörfern des Fortrottes und der Champagnergelage ohne Echo verhallten, so wundert es mich gar nicht, wenn Gemeindegewaltige — zumal der Rabbiner mit ihnen nicht harmoniert, zu seinen Mördern werden.

Auf der Tagung des Volksverbandes der Juden für die Slowakei am 27. und 28. Dezember 1920 erhob sich auch ein Kultusfunktionär, um über die triste Lage seines Standes zu referieren, es blieb beim Referat. Dagegen erhob sich das Haupt der „Slowaken jüdischer Religion“ um dieses Referat, das magarisch gehalten wurde und von mir nicht verstanden wurde — nur soviel konnte ich entnehmen, daß ein Kultuspräsident seinem Funktionär sagte, wenn er mit seinem Gehalt nicht auskomme, so wolle er seinem Glücke nicht im Wege stehen und er möge sich einen anderen Posten suchen — mit einigen Phrasen abtat und bemerkte, die Frage würde einer Kommission übergeben. Es ist mir nicht bekannt, ob diese Kommission eine Gehaltsregulierung durchgeführt hat, aber

scheinbar nicht. Ich weiß nur, daß der Rabbiner aus Malacka sich erhängt haben soll, weil er nicht der Meschore seines Kultuspräsidenten sein wollte. Denn diese Trivialität existiert nur bei uns Juden, daß der Kultusvorstand die Gemeindefunktionäre als seine Diener betrachtet und für sie der wunderbare Namen „Domestiken“ geprägt würde. Ist er oft nicht imstande seinem Rabbiner die Schulriemen zu lösen, der ihn an Wissen, Bildung und ethischem Gehalt turnhoch überragt, so bildet er sich doch ein, über die Fähigkeit oder Unfähigkeit des Mannes zu urteilen, der ihm Rabbi, Lehrer und Meister sein sollte. Und gerade die Juden, die sich da, Slowaken, Magyaren, Deutsche jüdischer Religion bezeichnen, also solche Juden, die den nationalen Gedanken im Judentum leugnen, und das Judentum nur als Religion auffassen wollen von einem lebensmöglichen Gehalt der Kultusfunktionäre nicht hören.

Es gibt keine Gemeinde, deren Mitglieder nicht imstande wären, ihre Funktionäre zu erhalten. Denn ich habe keine Gemeinde auf dem flachen Lande gefunden, die Disziplin hätte, im Gegenteil, mir sagte einmal ein Kultusvorsteher, er könne keinen Armen finden, dem er eine „Matbne“ geben könnte, höchstens die Kultusangestellten. Zehn Mitglieder einer Gemeinde sind in der Lage, ihren Rabbiner zu erhalten, der von Existenzsorgen befreit sein könnte, wenn sie jährlich 1500 bis 2000 Kr. zufließen wollten.

Man klagt bei uns so oft darüber, daß unsere Rabbiner dem Judentum eigentlich gar nichts geben. Daß die gesamte moderne Wissenschaft und jüdische Religionswissenschaft ihre Förderung und Entwicklung protestantischen Gelehrten verdankt. Und wie sollte sich auch ein Rabbiner mit Wissenschaft beschäftigen können, wenn er durch den furchtbaren Kampf ums Dasein derart zermürbt wird, daß er zum Strich greifen muß; und ist er schon fähig, so verläßt er lieber die Tschechoslowakei und geht ins Ausland.

Der Volksverband der Juden in der Slowakei tätete gut daran, endlich der Gehaltsregulierung der Kultusangestellten vollstes Augenmerk zu schenken. Die Einberufung eines allgemeinen Gemeindegeldes aller Kultusgemeinden wäre sehr notwendig, an dem alle Richtungen, Neologen, Orthodoxen und Status quo-Gemeinden vertreten wären. Erstens müßte man in Mährens an eine Neuverteilung des Landesmassafonds schreiten und zweitens müßte die große Frage der Kriegsanleihe gemeinsam behandelt werden. Die Zusammenfassung kleiner Kultusgemeinden zu einer kultischen Einheit, Bestellung von hebräischen Wanderlehrern und Religionslehrern und Stellungnahme zu einer eventuellen Trennung von Kirche und Staat.

Dr. Gustav Kohn.

Inland.

Die Nobelpreisandidatur des Präsidenten Masaryk.

Einem Londoner Funkpruch zufolge meldet das Jewish R.-B.: Das Joint Foreign Committee hat den norwegischen Parlament ein vom Präsidenten des Komitees Sir Stuart Samu und von Lord Rothchild unterzeichnetes Schreiben gesandt, worin es unter Hervorhebung der liberalen Politik und der Verdienste des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik Masaryk dessen Kandidatur für den Nobelfriedenspreis wärmstens empfiehlt.

Österreich.

Abgeordneter Stricker verweist. Landtagsabgeordneter Stricker reiste nach London und Paris, um in verschiedenen allgemein-jüdischen Angelegenheiten sowie solchen der zionistischen Organisation mit den dortigen leitenden Stellen ein Einverständnis zu pflegen. Die vom „Neuen 8-Uhr-Blatt“ gebrachte Nachricht, daß Abgeordneter Stricker über Einladung des Völkerbundes nach Paris gereist sei, entspricht nicht den Tatsachen.

Ungarn.

Immanuel Löw. Der Segediner Oberabbinger Dr. Immanuel Löw befindet sich nunmehr seit zehn Monaten in Haft, beziehungsweise unter einer nach allen Regeln der Untersuchungshaft gehandhabten strengen Bewachung in seiner Wohnung. Formell wird seine Untersuchungshaft durch den Strafsenat von Monat zu Monat verlängert. Vom Untersuchungsrichter des Budapest Strafsenats sind bereits die Protokolle eingegangen, welche über die Aussagen des gewesenen Ministerpräsidenten Karl Huszar und der übrigen Budapest Zeugen aufgenommen wurden. Die Verteidiger des Dr. Immanuel Löw, Dr. Marcell Baracs und Dr. Armin Balassa, beantragten in einer Eingabe an den Strafsenat des Segediner Gerichtshofes die Aufhebung der Untersuchungshaft über

Dr. Löw. Der Strafsenat wies jedoch dieses Ansuchen mit der Begründung ab, daß die Staatsanwaltschaft um die weitere Verlängerung der Untersuchungshaft eingeklagt sei; andererseits könne der Strafsenat so lange keinen Beschluß fassen, als er nicht in Kenntnis der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft gesetzt ist. Es hängt demnach ganz von der Laune und dem Ermessen der Staatsanwaltschaft ab, wann sie ihre Anklageschrift fertigstellt, sie dem Strafsenat vorlegt und dieser dann über die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft und darüber entscheidet, wie lange Dr. Immanuel Löw noch in Unfreiheit über sein Schicksal schweben soll.

Rumänien.

W. Tiomkin in Bukarest.

(J. C. B.) Ing. Wladimir Tiomkin, Mitglied der Exekutive der jüdischen Reichszentrale, der nach Beharabien delegiert wurde, um im Einvernehmen mit den dortigen Organisationen die Hilfsstätigkeit zu Gunsten der ukrainischen Flüchtlinge zu organisieren, mußte nach seinem Eintreffen in Bukarest sich vor allem mit der Lösung verschiedener juristischer Fragen beschäftigen, die den Flüchtlingen ungeheure Schwierigkeiten bieten. Der amerikanische Konsul anerkennt die von einem rumänischen jüdischen Notar Legatigen, „M. F. David“ nicht und verlangt, daß diese von einer administrativen Behörde legalisiert sein sollen. Wenn diese Schwierigkeiten nicht unverzüglich beseitigt werden, wird für die Emigrantenmassen eine schauerliche Situation geschaffen werden, da ihnen die Gefahr einer Internierung droht. In dieser Angelegenheit, sowie auch in den anderen, den Emigranten seitens des amerikanischen Konsuls bereiteten Schwierigkeiten, wandte sich Herr Tiomkin direkt an die amerikanischen Organisationen.

In Bukarest befinden sich zurzeit 3000 jüdische Flüchtlinge aus der Ukraine. Ein in Bukarest gebildetes Komitee ist an die Organisation der Hilfe für diese Flüchtlinge herangetreten und hat bereits große Erfolge erzielt. Die Hauptschwierigkeit besteht darin, daß zwischen den Hilfsorganisationen in Bukarest, Jassy, Kischinew und Galatz keine Fühlungsnahme vorhanden ist. Diesen Kontakt zwischen den verschiedenen Hilfsorganisationen im Lande herzustellen, ist eine der Hauptaufgaben Ing. Tiomkins. — Der Organisation nach Agentinnen stellen sich keine großen Schwierigkeiten in den Weg, nur ist die Hilfe viel kostspieliger, da sie den bedeutenden Betrag von 8000 Lei erfordert. Bei Vorhandensein der erforderlichen Geldmittel könnte man dort eine bedeutende Zahl von Emigranten wegbringen. Nach Palästina haben sich auf Bukarest 40 Emigranten begeben, weitere 60 fahren dort in den nächsten Tagen ab. Inzwischen sind bereits 14.000 Flüchtlinge über Galatz nach verschiedenen Ländern ausgewandert. — Am 16. Februar begab sich Tiomkin nach Kischinew.

Finnland.

Jüdischer Minoritätenkongreß.

(Jüd. Korr.-Bur.) Anlässlich der vor die Völkerbundtagung gebrachten Frage, betreffend den Schutz der nationalen Minderheiten in Finnland, hat der bevollmächtigte finnische Minister in Paris dem Vorsitzenden des Komitees der jüdischen Delegationen, Herrn Sokolow, einen Besuch abgestattet und ersuchte ihn, die nach dem Ermessen der jüdischen Delegationen notwendigen gesetzlichen Schutzmaßnahmen zugunsten der jüdischen Minorität in Finnland vorzuschlagen und deren genaue Text zu formulieren.

Die finnlandische Regierung geht nun daran, die während der Völkerbundtagung in Genf übernommenen Minoritätsschutzverpflichtungen nach jeder Richtung zu erfüllen.

Italien.

Jüdische Emigranten.

(J. C. B.) Seit einigen Monaten vergrößert sich der Emigrantenstrom, der sich von Beharabien durch Italien nach Amerika richtet. Diese Transmigration hat das italienische Judentum völlig unvorbereitet gefunden und deshalb wurde den Emigranten anfanglich fast keine organisierte Hilfe geleistet. Nach 3 oder 4 Monaten als endlich eingesehen wurde, daß dieser Strom keine Zufallserscheinung ist, dauere es nicht an, sondern ein dauerercheinung ist, hat der Gemeindevorstand Schritte unternommen, um diese Hilfe zu organisieren. Im Jänner hat in Bologna eine Zusammenkunft von Gemeindevorsteher stattgefunden, der die Leitung der ganzen Arbeit dem Rechtsanwalt Euliano Rencchi (der Vizepräsident der jüdischen Liberaion ist) anvertraut hat; daraufhin wurde ein Emigrantenamt in Neapel organisiert; in Triest war ein solches schon vorhanden und in Genua wird ebenso dessen

